



Beschluss

Terminsbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Freitag, 29. Mai 2026, 10:30 Uhr**, im Amtsgericht Auf der Steinkaut 10/12, Saal 105, versteigert werden:

1.
Der 1/56 Anteil an dem im Teileigentumsgrundbuch von Gonzenheim Blatt 2418, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragenen 5.040/100.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Gonzenheim	9	2/2	Hof- und Gebäudefläche, Friedrichsdorfer Straße 1-5	11100

verbunden mit dem Sondereigentum an der Tiefgarage mit 56 Abstellplätzen

Der Versteigerungsvermerk wurde am 09.04.2024 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: **20.000,00 €**

2.
Der im Wohnungsgrundbuch von Gonzenheim Blatt 2375, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragene 1.242/100.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Gonzenheim	9	2/2	Hof- und Gebäudefläche, Friedrichsdorfer Straße 1-5	11100

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Haus B befindlichen Wohnung Nr. B 601 und dem Kellerraum Nr. 7 des Aufteilungsplans.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 09.04.2024 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: **300.000,00 €**

Objektbeschreibung: ETW, Baujahr ca. 1972, Wohnfläche ca. 89 m², nebst TG-Stellplatz

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Kontoverbindung für die Überweisung der Sicherheitsleistung:
Gerichtskasse Frankfurt am Main: Landesbank Hessen-Thüringen,
IBAN: DE73 5005 0000 0001 0060 30, BIC: HELADEFXXX,
unter Angabe des Kassenzweckens: **0556 6310 2020**.